

► FORTSETZUNG VON SEITE 13

## Merz kämpft auf verlorenem ...

den Informationsaustausch zu übernehmen, sobald die Schweiz das auch macht. Die Koalition von Österreich, Luxemburg und der Schweiz, die sich bisher gemeinsam gegen den Infoaustausch wehrte, ist damit Geschichte. Stimmen in der EU prophezeien, dass sich Merz am 14. Februar im Rahmen eines Treffens der deutschsprachigen Finanzminister mit einer deutsch-österreichisch-luxemburgischen Koalition gegen das Schweizer Bankgeheimnis konfrontiert sehen wird – anstatt dort, wie erhofft, mit dem deutschen Finanzminister Schäuble das Datenklauproblem lösen zu können.

### Selbst Blocher macht sich für das Liechtensteiner Modell stark

Juristisch hat die EU keine Möglichkeit, die Schweiz zum Systemwechsel zu zwingen. Politisch wird der Druck aber immens. Vor allem weil die Schweiz diesen mit ihren Wünschen an die EU selbst noch erhöhen wird. Das weiss auch Merz. Als er am Donnerstag der Aussenpolitischen Kommission seine Äusserungen zum Infoaustausch erläutern musste, erklärte er, Teile der Finanzbranche würden ein Dienstleistungsabkommen mit der EU wollen (er meinte damit Versicherungen und vor allem Privatbanken, die auf dem europäischen Markt benachteiligt sind).

Dieses sei aber wohl nur zum Preis des automatischen Informationsaustausches zu haben. Deshalb müsse man jetzt abwägen zwischen dem Gewinn des Marktzutritts und den Risiken des Infoaustausches. Gegenüber der SonntagsZeitung liess Merz dazu ausrichten, man könne «nicht einfach stur auf Rot schalten», man müsse «akzeptieren, dass sich Fragen stellen, die uns zwingen könnten, uns mit diesem Thema zu befassen».

Während Merz noch zögert, hat sein Kollege Moritz Leuenberger an den Von-Wattenwyl-Gesprächen gemäss Teilnehmern für den Informationsaustausch plädiert. Einen anderen Weg gebe es nicht mehr. Auch Doris Leuthard hat mit ihren Medienauftritten diese Woche klargemacht, dass der Informationsaustausch in den Verhandlungen mit der EU kein Tabu ist.

In dieser Situation tauchen jetzt plötzlich Alternativen auf. Nach der Linken machen sich inzwischen auch SVP-Chefstrategie Christoph Blocher und in seinem Schlepptau manche Bürgerliche aus CVP und FDP für das sogenannte Liechtensteiner Modell stark. Sie erwägen unter dem europäischen Druck sogar, eine einmalige Nachsteuer für die unversicherten Gelder auf Schweizer Konten zuzulassen. Doch auch damit werden sie am Schluss den automatischen Informationsaustausch höchstens verzögern, aber nicht mehr verhindern können.



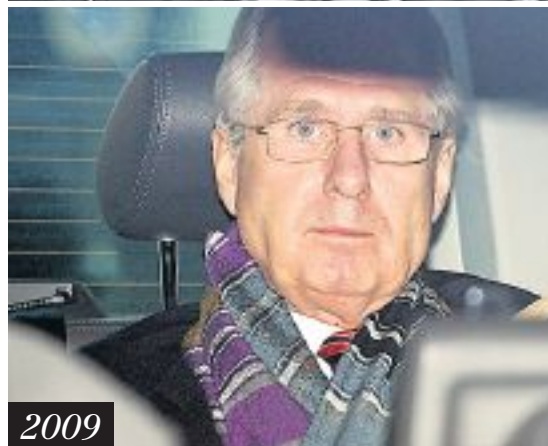
1986



1922



FOTOS: KEYSTONE (3), SCHULE FÜR GESTALTUNG, BASEL



2009

# Lädierter Mythos

Das Bankgeheimnis beruhte jahrzehntelang auf fadenscheinigen Argumenten, die jetzt ausgehen

VON PHILIPP LÖPPE

Wie so viele macht sich auch Ex-FDP-Präsident Franz Steinegger Sorgen ums Vaterland und äussert sich zum ramponierten Bankgeheimnis. «Dabei wurde vergessen, dass das Bankgeheimnis zum Schutz jüdischer Vermögen vor dem Zugriff der Nazis erfunden wurde», mahnte er in der «NZZ am Sonntag». Das ist leider falsch. «Die Idee, das Bankgeheimnis sei aus humanitären Gründen geschaffen worden, gehört klar ins Reich der Mythen», hält Bankenhistoriker Robert Vogler fest.

Das «humanitäre Bankgeheimnis» ist eine weitverbreitete These in der Schweiz. Doch als Bundesrat Jean-Marie Musy am 24. Februar 1933 die Strafnorm gegen Bankspionage einführte, dachte er weder an die Juden noch an Hitler, sondern an französische Polizisten, die gerade wieder einmal Schweizer Banker auf frischer Tat ertapten, wie sie reichen Franzosen bei der Steuerflucht geholfen hatten.

Beinahe wäre das Bankgeheimnis schon jung gestorben. Nach

dem Zweiten Weltkrieg kritisierten die Siegermächte die für das Schweizer Selbstverständnis so wichtige Neutralität heftig. 1946 wurde die Schweiz im Washingtoner Abkommen verpflichtet, sich am Wiederaufbau zu beteiligen und alle deutschen Konten zu liquidieren. Die 250 Millionen Franken Aufbauhilfe zahlte die Schweiz klaglos, sie weigerte sich aber, das Bankgeheimnis über den deutschen Konten zu lüften.

Der Westen vergass diese Forderung schnell, denn der Kalte Krieg brach aus, und damit begann die goldene Zeit des Bankgeheimnisses: Die bürgerliche Ehe von Wirtschaft und Staat war in der Schweiz gepaart mit geradezu hysterischem Antikommunismus.

Das kam bei den USA gut an. Italien und Frankreich mit ihren starken kommunistischen Parteien galten als unzuverlässig. Gut also, dass es mitten in Europa einen Hort gab, wo das Geld und der Geist des Kapitalismus in Sicherheit waren. Die Amerikaner hatten plötzlich grosses Interesse daran, den Schweizern ihr

Bankgeheimnis zu lassen. Diese Idylle wurde erst in den Neunzigern durch die Affäre um die nachrichtlosen Vermögen erschüttert. Dabei basierte sie auf einem Irrtum: Aus unerfindlichen Gründen breitete sich rund um den Globus die Überzeugung aus, auf Schweizer Konten würden Milliardenvermögen von Holocaust-Opfern liegen. Die Schweizer Bankiervereinigung sprach von höchstens 40 Millionen Franken. Niemand glaubte ihnen. Zu mächtig war ihr eigener Mythos, das Bankgeheimnis, geworden.

### Als der Druck aus den USA kam, spielten die alten Reflexe

Als nebst den nachrichtlosen Vermögen auch noch das Raubgold der Nationalbank und die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in die Schlagzeilen gerieten, mussten Bund und Banken handeln. Zum Schluss bezahlten Schweizer Banken den jüdischen Organisationen eine Abfindung von 1,25 Milliarden Dollar.

Die Affäre um die nachrichtlosen Vermögen hatte die Volks-

seele in ihren Grundfesten erschüttert. Viele Schweizer reagierten darauf mit dem «Stockholm-Syndrom»: Sie begannen sich mit den Banken zu identifizieren. Angriffe auf das Bankgeheimnis wurden zu Angriffen auf das Land. Die SVP schürte diese Tendenz geschickt und wollte das Bankgeheimnis gar in die Verfassung aufnehmen. Besonnene Politiker und Banker hingegen verloren danach das Interesse am Bankgeheimnis. Sie wussten, dass der nächste Schock bloss eine Frage der Zeit sein konnte. Doch der Leidensdruck war weg. Warum also sich weiter abmühen?

Diese Passivität rächt sich heute. Der Mythos Bankgeheimnis verhindert nach wie vor eine klare Sicht auf die Realität. Als im letzten Sommer der Druck aus den USA zunahm, spielten die alten Reflexe: In einem Leitartikel zum 1. August sprach die NZZ noch von einer «unheiligen Allianz der Mächtigen», die die Schweiz «in den Würgegriff» genommen habe. Nur langsam dringt ins öffentliche Bewusstsein, dass

es diesmal die UBS war, die das Bankgeheimnis schamlos, ja kriminell missbraucht hat.

Der Kalte Krieg hat dem Schweizer Bankgeheimnis zu einem zweiten Leben verholfen. Auf ein ähnliches Wunder zu hoffen, ist riskant. Die Krise hat weltweit die Staatsschulden explodieren lassen. Steuerhinterziehung lässt sich dank moderner IT energischer verfolgen, und der Druck auf die Politik, dies zu tun, nimmt zu. Die Schweiz als sicherer Hafen für dubioses Schwarzgeld muss mit harschen Gegenreaktionen, ja sogar Sanktionen rechnen. Deshalb stärken Tiraden auf Deutschland und Durchhalteparolen für ein rigoroses Bankgeheimnis den Finanzplatz Schweiz nicht, sie gefährden ihn sogar. Für einen guten Finanzplatz braucht es nur Sicherheit, politische Stabilität – und gute Banker.

Autor Philipp Löppe veröffentlicht diese Woche sein Buch «Banken ohne Geheimnisse. Was vom Swiss-Banking übrig bleibt», Orell Füssli Verlag, 176 S.

### Bundesrat Merz zum Bankgeheimnis



«Ich habe bis zum Schluss gekämpft, das Bankgeheimnis in den bilateralen Verträgen beizubehalten. Das ist meine Pflicht als Vorsteher des Finanzdepartements.»  
(MAI 2004)

«Unser Bankgeheimnis hat sieben Leben.»  
(FEBRUAR 2008)

«An diesem Bankgeheimnis werdet ihr euch die Zähne ausbeissen.»  
(MÄRZ 2008)

«Das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar.»  
(MAI 2008)

«Ob das Bankgeheimnis verhandelbar sein wird, hängt auch von unseren Partnern ab, wie sie es verhandeln wollen.»  
(FEBRUAR 2009)

«Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und -betrug fallenlassen? Nein. Ich kann mir auch mittelfristig nicht vorstellen, diese Unterscheidung aufzugeben.»  
(MÄRZ 2009, eine Woche vor dem Entscheid, dem Ausland Amtshilfe auch bei Steuerhinterziehung zu gewähren)

«Die Landesregierung lehnt einen automatischen Informationsaustausch entschieden ab.»  
(MÄRZ 2009)

«Die Frage des automatischen Informationsaustausches ist eine Frage, die sich stellt.»  
(AM VERGANGENEN MITTWOCH)